

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Telefon-Nr. 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Vertriebsstellen bei täglich zweimaliger Ausgabe monatlich 14.- M., vierteljährlich 42.- M., durch die Post bei täglich zweimaliger Ausgabe monatlich 12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.
Die einseitige 7 mm breite Zeile 4.- M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen u. Wohnungsanzeigen, 1 Spalte 25.- M. Vorkaufspreis laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 70 Pf.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:
Mariannestraße 38/40.
Druck u. Verlag von Henschel & Sohn in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Rechtlich nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Anzeigen-Schriften werden nicht aufbewahrt.

SEIZI der **DUFTS** - Flasche 25,00 - Paul Schwarzlose
ORIENTS 55,00 - 100,00 Dresden-A. Schloßstr. Nr. 13

Ententeingriff in den Eisenbahnerstreik.

Verhandlungen der Entente mit Reichsregierung und Gewerkschaften.

Wahrscheinliche Besetzung der Eisenbahnen. — Verhandlung eines Streikführers.

Koblenz, 31. Dez. Die interalliierte Rheinlands-Kommission beabsichtigt, mit Vertretern der deutschen Eisenbahner und der deutschen Regierung sofort Verhandlungen wegen den Eisenbahnerforderungen zu führen. Dem Nichterlangen von Einverständnis zwischen den Eisenbahnervertretern und der Regierung wollen die Alliierten im besetzten Gebiet selbständig die Eisenbahnen und die Geschäfte der Eisenbahner besetzen. (W. T. V.)

Koblenz, 31. Dez. Die amerikanische Besatzungsbehörde hat den Geschäftsführer des Deutschen Eisenbahnerverbandes im Bezirk Koblenz Kall, der selbst nicht mehr Eisenbahner ist, heute mittag verhaftet unter der Beschuldigung, daß er sich Verträge gegen die für Streikfragen erlassenen Anordnungen der Rheinlands-Kommission habe zuschulden kommen lassen. Die amerikanische Besatzungsbehörde betont, daß die Verhandlung sich nicht gegen den Deutschen Eisenbahnerverband als solchen richtet, sondern nur gegen die Person Kalls. (W. T. V.)

Paris, 31. Dez. Wegen des Streiks in Köln und über das Gebiet hat der Minister der öffentlichen Arbeiten beim Kriegsminister beantragt, zur Sicherung der linksrheinischen Kohlentransporte (Saar- und Ruhrgebiet) die nötigen Maßnahmen zu ergreifen und die linksrheinischen Eisenbahnen zu reorganisieren. (W. T. V.)

Entsendung deutscher Kommissare nach Koblenz.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 31. Dez. Das Reichsverkehrsministerium hat Kommissare nach Koblenz entsandt, die daselbst als Sachverständige zur Stelle stehen sollen. Die interalliierte Kommission hat den Wunsch geäußert, daß Vertreter des Ministeriums mit ihr in Koblenz über die Streitangelegenheiten verhandeln möchten. Es ist erwidert worden, daß Verhandlungen mit den Eisenbahnerverbänden im Gange seien, die Erfolg versprechen.

Die Bedingungen der tariffreien Organisationen.

Auf dem Wege zur Einigung.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 31. Dez. Heute vormittag um 11 Uhr begannen im Reichsministerium erneut die Einigungsverhandlungen, die gestern abend um 11 Uhr vertagt wurden, weil der Regierungsvorstand über die Forderungen der Gewerkschaften keine endgültigen Entscheidungen treffen vermochte. Vielmehr ist noch im Laufe der Nacht durch den Reichsverkehrsminister dem Bismarcker Mitteilung über die Forderungen der Arbeiter erhalten worden. Das Kabinett hat nunmehr über die Bedingungen zu entscheiden, die von den tariffreien Organisationen gestellt worden sind. Vor allen Dingen hat man verlangt, daß unabhängig von den letzten Besprechungen die Beratungen über die Forderungen der Beamten vom 3. Dezember d. J. weitergeführt werden und die Regierungsvorstand haben diesen Wunsch als berechtigt anerkannt. Hinsichtlich der Forderung einer einmaligen Beschäftigungsbeihilfe keine bindende Zusage gemacht werden. Dagegen soll der Uebertretungsanspruch für diejenigen Arbeiter, die niedrigere Löhne erhalten, als sie in der Privatindustrie der betreffenden Orte gezahlt werden, mit rückwirkender Kraft ab 1. Oktober d. J. erhöht werden.

Man hofft in führenden gewerkschaftlichen Kreisen, daß noch im Laufe des heutigen Tages eine Einigung zustande kommt, so daß dann sofort die Ausständigen die Arbeit wieder aufnehmen könnten.

Die Lage im Reich hat sich nicht wesentlich verändert. Nach Mitteilungen aus Köln und Düsseldorf hat jedoch das Streikverbot der alliierten Rheinlands-Kommission bereits die Wirkung gehabt, daß auf mehreren Bahnhöfen die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Eine Sitzung des Reichsministeriums.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 31. Dez. Nachdem in der vergangenen Nacht die Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium auf einem toten Punkt angelangt waren, weil die Gewerkschaften eine allgemeine Wirtschaftsbekämpfung verlangten, was das Reichskabinett noch vor einigen Tagen abgelehnt hat, trat heute das Reichsministerium wieder zusammen. Es nimmt denselben Standpunkt ein wie bisher. Der Reichsverkehrsminister wurde ermächtigt, die Verhandlungen wegen Herabsetzung des Lohnniveaus wieder aufzunehmen. Das Kabinett billigte auch, daß das Finanzministerium am Donnerstag seine Besprechungen wegen der Teuerungssaktion fortsetzt. Ueber die Streiklage wurde im Kabinett berichtet, daß nicht nur die Eisenbahner in Bayern, sondern in ganz Süddeutschland gegen den Streik sind. Auch in dem sonst sehr radikal gestimmten Eisenbahndirektionsbezirk Halle zeigen die Eisenbahner keine Neigung, sich dem Streik anzuschließen. In anderen Eisenbahndirektionsbezirken dagegen kriecht es.

Die Streiklage in Groß-Berlin.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 31. Dez. Heute früh befanden sich hier über 85 Prozent der Belegschaften der Eisenbahnerwerkstätten im Ausstand, und auch die größte Zahl der Kohlenkäufer und der an den Wasserkränen beschäftigten Arbeiter sind in den Streik getreten. Der Vorortverkehr auf dem S-Bahn und dem S-Bahnverkehr ist vollständig zum Stillstand gekommen. Auf der S-Bahn verkehrt stündlich nur ein Zug. Der Güterverkehr nach und von Berlin mußte heute früh sehr eingeschränkt werden. Es verkehren nur einige Müll-, die Eilgut- und Kohlenzüge. Die gesamte Belegschaft des Verschleißbahnhofs Musterpark, von dem aus der Groß-Berliner Güterverkehr geregelt wird, hat sich dem Streik angeschlossen. Der Fernverkehr wickelt sich an den Groß-Berliner Bahnhöfen noch ohne Einschränkung, aber unter großen Schwierigkeiten ab.

Die Königsberger Eisenbahner fordern Groeners Rücktritt.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Königsberg, 31. Dez. Hier haben gestern abend drei Belegschaften stattgefunden. In ihnen wurde der sofortige Rücktritt Groeners vom Reichsverkehrsministerium gefordert.

Sympathieerklärung in Halle.

Halle, 31. Dez. In der heute nacht abgehaltenen Funktionärerversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes wurde der einstimmige Entschluß ausgesprochen, den in den Streik getretenen Eisenbahnern im Reich solidarisches Verhalten zu zeigen. In dem Vorhand wird das Vertrauen geäußert, daß er die Situation richtig einschätzt und gegebenenfalls die Eisenbahneraktion des Reichsbezirks Halle zum Streik aufrufen wird. (W. T. V.)

Der Streik am Niederrhein.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
München-Gladbach, 31. Dez. Der Eisenbahnerstreik hat auch auf München-Gladbach und Rhendt übergriffen. Seit heute früh 6 Uhr streiken auf beiden Bahnhöfen die Arbeiter. Die Streikenden lassen nur die Züge für die Besatzungsarmee fahren. Die Eisenbahndirektion hofft jedoch, auch für den Personenverkehr den Notverkehr aufrechtzuerhalten. (W. T. V.)

Düsseldorf, 31. Dez. Im Laufe des gestrigen Nachmittags hat sich die Lage auf dem Bahnhof Düsseldorf verschlechtert. Obwohl die Eisenbahner, dem Befehl der Besatzungsbehörden folgend, zur Arbeit erschienen waren, hielten der Zugverkehr doch langsam auf, weil in den Nachbarküsten streikend wird. Der Verkehr nach Essen ist vollständig gestoppt. In Düsseldorf, Köln und anderen linksrheinischen Stationen laufen nur noch ganz vereinzelte Züge ein.

Billigung des Handelskonjunktions für Europa.

Paris, 31. Dez. Die französischen, belgischen und italienischen Delegierten für die Wirtschaftskonferenz haben den Vorschlag des französischen Delegierten hinsichtlich der Bildung einer privaten Untersuchungskommission zur Prüfung der Wirtschaftslage in den verschiedenen Ländern Europas gebilligt. Dieser Vorschlag würde die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen den verschiedenen Ländern Europas erleichtern. Das Dokument wird zwei Teile umfassen, eine grundsätzliche Erklärung und ein Aktionsprogramm. Die letzte Inauguration wird morgen vormittags 10 Uhr stattfinden. (W. T. V.)

Das Wirtschaftsprogramm.

Paris, 31. Dez. Die „Chicago Tribune“ erzählt, daß die Vertreter Englands, Belgiens, Frankreichs und Italiens das Projekt eines großen internationalen Konjunktionsprogramms geprüft und grundsätzlich angenommen haben. Der Vorsitzende der Konferenz, Minister Loucheur, der in London von dem englischen Plan Kenntnis genommen hatte und ihn billigte, hat die Frage unter drei Gesichtspunkten in der Sitzung der Wirtschaftsdelegierten dargestellt:

1. Reorganisation der Eisenbahn und anderen Transportmittel.
 2. Beschaffung, die geeignet ist, die festgestellten Gekosteten und die soziale Ordnung beizubehalten, und besonders, was England angeht, Anerkennung seiner Schulden den Verbündeten gegenüber.
 3. Schaffung einer neuen Währung auf Goldbasis für die Staaten Ost- und Mitteleuropas, deren Papiergeld besonders entwertet ist. Dieser Gesichtspunkt bezieht sich besonders auf Deutschland, Österreich und Ungarn.
- Rathenau, der ebenfalls die Einzelheiten des Projekts kennt, soll versichert haben, daß Deutschland es annehmen werde und daß andererseits Kossow versprochen habe, daß die Sowjets ebenfalls ihre Zustimmung erklären haben. Der Gedanke einer großen Anleihe in Pfund Sterling wurde eingehend geprüft.

Die Kriegsbeschuldigten-Prozesse vor der Interalliierten Kommission.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Paris, 31. Dez. Die interalliierte Kommission, welche die Leipziger Gerichtsverfahren gegen die Kriegsschuldigen untersucht hat, tritt am 6. Januar in Paris zu einer Sitzung zusammen, in der Beschluß gefaßt werden soll, ob sich die Alliierten mit dem Resultat zufrieden geben.

Jahreswende.

Wenn der ebene Mund der Silvesterlocken die Stunde kündigt, in der das alte Jahr in die Vergangenheit hinabsinkt und aus unbedeutendem Aufwandsdunkel ein neues sich zu lösen beginnt, dann erwacht in Millionen von Menschen der Drang, über die Ergebnisse und Geschicke des verschwundenen Zeitabschnitts nachzudenken und anschließend Auschau zu halten auf das, was kommen wird. Erinnerungen steigen auf und führen zurück in Tage der Heiterkeit und des Glüdes, in lange, schwere Wochen des Kampfes, der Bitterkeit, der immer drückender werdenden Sorgen. Daneben aber erhebt sich die bange Frage nach dem Kommenden und das Verlangen, ein zusammenfassendes Ergebnis all des Vergangenen zu finden, um daraus wieder eine Lösung und Richtschnur für die Zukunft heranzufinden. In früheren Zeiten, in denen der einzelne weniger eng mit der Gesamtheit verflochten war, mag es wohl gewesen sein, solche Betrachtungen in den weichen Stunden des Jahreswechsels allein für ein persönliches Schicksal anzustellen. Heute, wo jeder bis in die feinsten Lebensäußerungen hinein unlosbar mit den Geschicken der ganzen Volksgemeinschaft verbunden ist, kann keine nützliche Zukunftsvision gefunden werden, ohne daß dabei die politische Lage und die letzten Phasen der Entwicklung des Volkes mit in Betracht gezogen werden. Das vergangene Jahr, das für die weltliche Arbeit unseres Volkes ein Jahr der Umkehr und des Kampfes war, hat auch im politischen Leben Enttäuschung über Enttäuschung, Verfall auf Verfall gebracht, und nur vereinzelte Lichtblicke haben die Hoffnungen aufleuchten lassen, daß eine Wendung zum Besseren für spätere Zeiten noch nicht gänzlich verloren ist. Die über das vergangene Jahr, so hand über der Warte des Jahres 1921 in großen Ziffern das Wort: Niederaufbau. In ihm verankert haben sich alle Wünsche und Bestrebungen, aller Willen, alle Ziele, die in der Welt nach dem großen Kriege vorhanden waren und die noch heute gepflegt werden. Verschiedene Gebiete, zerstückte Wirtschaftsbeziehungen, zerfallende Staaten, eine ganze wiedergeborene Welt hatte und harrt seit Jahren dieses Wiederaufbaues. Und ganz besonders sehnte sich unser Volk danach, wieder zu geordneten staatlichen Verhältnissen zu gelangen, das finanzielle und kulturelle Elend des Krieges und der Nachkriegsereignisse endlich zu überwinden.

An der Wende des Jahres drängt sich lebendiger denn je die Frage auf, ob all diese mannigfachen Aufgaben des Wiederaufbaues im Sinne der Welt und in dem unseres Volkes während der letzten zwölf Monate sich dem Ziele der Erfüllung genähert haben, ob wir vorangekommen sind oder rückwärts glitten. Ein Blick auf den Grad der Entwicklung der wichtigsten politischen Probleme zeigt, daß auch das letzte Jahr trotz aller großen Programme, mit denen seine Schwelle überschritten wurde, uns nicht wesentlich vorwärts gebracht hat. Die allbeherrschende Frage der Reparationen, mit deren Lösung und praktischer Durchführung man kurz nach dem Jahreswechsel 1920 in Paris begann, hat sich eher verdunkelt, als geklärt. Keine der Konferenzen und ausgedehnten Sachverständigenberatungen erwies sich als eine Maßnahme, die die Forderungen des Verfallener Vertrags zu befriedigen, Einzig die äußerst problematische Neigung Englands und Italiens, eine Reparationswandlung herbeizuführen, könnte als ein bescheidener Erfolg in der Entwicklung des ganzen Problems angesehen werden. Ohne diesen in seinem Werte noch immer sehr fragwürdigen kleinen Fortschritt läßt sich die Wiederherstellung der Weltwirtschaft noch heute auf demselben Ausgangspunkte, wie vor einem Jahre, die Folgen dieses unglückseligen Anstandes sind unermesslich. An einen Aufbau der Weltwirtschaft, ohne den eine gedeihliche Zukunft der Völker nun einmal nicht möglich ist, konnte und kann bei den unheilvollen Regierungen der deutschen Zahlungen nicht gedacht werden. In demselben Maße mußte unter dem Einfluß des Reparationswachstums die Weltfriedensbewegung im argen bleiben. Die Washingtoner Konferenz schloß am 2. Dezember ab, wie die zu einer allgemeinen Abrüstung nötige geistige und politische Disposition der Völker und ihrer führenden Politiker unauflöslich ist, so lange sie sich gegenseitig um ihrer Reparationsanteile willen auflauern. Auch daran, daß die nun seit langen Jahren verwitweten Gebiete Nordfrankreichs bis zur Stunde nicht wieder aufgearbeitet wurden, trägt letzten Endes die gänzlich unfruchtbare Auffassung der Wiederherstellungsfrage Schuld, die sich die Ententevölker, voran die Franzosen, zu eigen gemacht haben. Von einem Wiederaufbau, wie er aus den Versprechungen der großen Männer im alliierten Lager, aus den Neujahrsbotschaften Lloyd Georges und des damals noch nicht Präsident gewordenen Senators Harding hervorging, kann, wenn man die Weltpolitik des Jahres 1921 zurückblickt, nicht die Rede sein.

Und wie hand es im Innern des Deutschen Reiches? Auch bei uns wurde viel gesprochen, geschrieben, geträumt von einem Wiederaufbau, der alle Teile des zerstückten Staatslebens umfassen sollte. Die beiden Kabinette des stanzlers Wirth übernahmen zwar mit großen Plänen in innerpolitischer Hinsicht die Regierung, ihre Taten blieben aber weit hinter dem zurück, was sie versprochen hatten. Ueber der Erfüllung der Ententevorderungen vergahen sie die wichtigste Aufgabe des versprochenen Wiederaufbaues, die unbedingte Erhaltung unseres Reichsverbandes. So ging uns Oberstleuten verloren, verbreiterte sich der Einfluß der französischen Machthaber im Rheinland, drohte den Neuen unserer völkischen Selbständigkeit, der Freiheit im Finanz- und Steuerwesen und in der Verwaltung, immer schwerere